

PEK Dokumentation

Sperrfrist: 9. Dezember 2014, 10 Uhr - Es gilt das gesprochene Wort

Rainer Maria Kardinal Woelki:

Grußwort beim Ökumenischen Gottesdienst im Rahmen des CDU-Partei-Tag
am 9. Dezember 2014 im Kölner Dom

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrte Delegierte des CDU Parteitages,
liebe Schwestern und Brüder,

sehr herzlich begrüße ich Sie alle – auch im Namen von Herrn Präs. Rekowski von der Evangelischen Kirche im Rheinland - heute Morgen hier im Hohen Dom zu Köln. Ich freue mich und bin sehr dankbar, dass die Feier eines ökumenischen Gottesdienstes zum Ablauf Ihres Parteitages gehört.

Ich finde: es ist nicht selbstverständlich, innezuhalten im politischen Geschäft; es kommt einem Luxus gleich, einmal nicht online zu sein oder im Blitzlichtgewitter zu stehen, sondern Gott die Ehre zu geben und auf sein Wort zu hören. Was hat ER zu sagen, zu den Fragen, die Sie bewegen und erörtern?

Welchen Weg weist ER uns heute, zum Beispiel auf der Suche nach Antworten auf die Frage, was „gutes Leben“ ist? Im Rahmen des sogenannten Konziliaren Prozesses, der vor über dreißig Jahren auf der VI. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Vancouver seinen Anfang nahm, beschreiben drei Begriffe, wie gutes Leben für alle geschaffen werden kann. Dazu bedarf es des Ineinandergreifen von „Gerechtigkeit“, „Frieden“ und „Bewahrung der Schöpfung“. Wenn wir heute im Bewusstsein um die Bedrohung unseres Klimas, Ziele zu dessen Schutz vereinbaren - wie zum Beispiel die umfassende energetische Sanierung von Immobilien -, dann müssen wir gleichzeitig im Blick halten, dass Wohnraum für diejenigen, die wenig Vermögen haben, dadurch nicht unbezahlbar werden darf. Mit dem Fortschreiten des Klimawandels wird die Gefahr von Krisen, Kriegen und Flucht weltweit steigen.

Zu befürchten sind Verteilungskonflikte um Wasser und Nahrung, die in einigen Regionen wegen der Erderwärmung noch knapper werden. Schon heute leben 1,1 Milliarden Menschen ohne sicheren Zugang zu ausreichend Trinkwasser, 850 Millionen sind unterernährt. Folge des Klimawandels werden also Verteilungskonflikte und Wanderungsbewegungen sein. Die Zunahme von Katastrophen wird zu wenig als Folge von Industrie, Verkehrsaufkommen und Ressourcenverbrauch gesehen. Die negativen Auswirkungen des Klimawandels treffen die verletzbaren Bevölkerungsgruppen existentiell.

Sie müssen sich nicht nur in ihrem Verhalten umstellen, sondern stehen in der Gefahr ihre Lebensgrundlage zu verlieren. Es werden künftig also nicht nur diejenigen an die Tür der Festung Europas zu klopfen versuchen, die vor Waffengewalt fliehen, sondern ebenso diejenigen, deren Lebensgrundlagen klimatisch bedroht sind.

Auch sie wollen gut leben – und zu allererst überleben. Wenn wir uns über die Bedingungen guten Lebens Rechenschaft abgeben, dann gehört dazu auch die Auseinandersetzung um die Frage, wie wir sterben wollen. Ich bin dankbar um die Debatte und das Ringen über diese Frage im Deutschen Bundestag.

Es geht - wie es Bundestagspräsident Lammert pointierte - um die Frage, „wie der Staat seine unaufgebbare Verpflichtung zum Schutz des Lebens und zum Schutz der Menschenwürde auch und gerade gegenüber dem sterbenden Menschen wahrnehmen kann.“

Dabei wird der Gesetzgeber seine ganze Sorgfalt nicht nur der Frage widmen müssen, wo es zwischen individueller Selbstbestimmung auf der einen Seite und ärztlicher Verantwortung auf der anderen Seite Handlungs- und Regelungsbedarf gibt, sondern auch, ob überhaupt und wie dieser Handlungsbedarf in allgemeinverbindlichen gesetzlichen Regelungen überzeugend gelöst werden kann.“ Die Kirchen haben in dieser Debatte eine zentrale Verantwortung. Es gilt für uns zum einen aus der Perspektive theologischer Ethik das Wort zu ergreifen, um vor einem ethischen Dammbruch bei der Sterbehilfe zu warnen. Und es gilt zum anderen, in den eigenen Einrichtungen des Sozial- und Gesundheitswesens sterbenden Menschen und ihren Angehörigen beizustehen; die palliative Versorgung auszuweiten und eine Form der Begleitung zu ermöglichen, die das Diktum rechtfertigt: „Bei uns stirbt keiner allein“. Allein sind wir Menschen bei all unseren redlichen Versuchen, die Welt, in der wir leben, besser zu machen aus Perspektive des Glaubens nie. Nie überlässt Gott uns unserer selbst; immer sind wir von ihm unbedingt und vorbehaltlos angenommen – und unser Nächster und der Parteifreund auch. Sie wollen die Wirklichkeit der Welt, so wie sie uns heute begegnet, durch Ihre politische Arbeit verantwortlich mitgestalten. Zu dieser Wirklichkeit der Welt gehört nicht minder die Wirklichkeit Gottes, die sich uns im Glauben eröffnet. Auf dem Boden der Wirklichkeit Gottes stehen, heißt, sich unbeirrbar an Gott gebunden wissen. Denn die Bindung an Gott beengt Sie nicht, sondern gibt Ihnen jenen Halt, den Sie für Ihre politische Arbeit brauchen. Sie gibt Ihnen Halt, weil Gott Sie trägt. Die Bindung an Gott nimmt Ihnen auch nicht Ihre Freiheit, sondern gibt Ihnen Freiheit, vor allem jene innere Freiheit, Sie selbst zu sein und sich nicht manipulieren zu lassen.

Die Bindung an Gott bewahrt Sie vor Überheblichkeit bei Sieg und Erfolg, sie bewahrt Sie aber auch vor Entmutigung bei Niederlage und Misserfolg. Das Stehen auf dem Boden der ganzen Wirklichkeit, der Wirklichkeit dieser Welt und der Wirklichkeit Gottes, ist die beste Voraussetzung für einen partnerschaftlichen Um-gang, wie er unter Demokraten gepflegt werden sollte. Jetzt - in dieser Stunde - vertrauen wir deshalb uns und die Wirklichkeit der Welt ganz der Wirklichkeit Gottes an und bitten ihn um seinen Segen für uns, für unsere Welt mit all ihren Herausforderungen und nicht zuletzt auch für unsere politische Arbeit, die wir zum Wohle der uns anvertrauten Menschen leisten wollen. In diesem Sinne beginnen wir denn diesen unseren Gottesdienst: Im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes. Amen.